



Samstag, 19. September 2026, 15:57 Uhr
~12 Minuten Lesezeit

Kein Magier, kein Dämon

Die beste Wahlkampfhilfe für die AfD ist der unglaubliche „Antifaschismus“ — dies bedeutet aber nicht, dass eine Regierung unter Ulrich Siegmund unproblematisch wäre.

von Roland Rottenfuß
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (socular)

Es gibt ja zweierlei Wege zum Sieg: Der eine besteht darin, selbst exzellente Leistungen zu erbringen; der

andere beruht auf dem Totalversagen unserer Gegner, wodurch selbst eine durchwachsene Performance noch positiv hervorsteht. Bei der derzeit durchstartenden AfD dürfte eher die zweite Variante zutreffen. Gerade weil sie konkret noch nie „liefern“ musste, wurde die rechtspopulistische Partei zur Projektionsfläche für Erlösungsfantasien. Dass aber überhaupt der Eindruck entstehen konnte, dass Erlösungsbedarf bestünde, liegt in der Verantwortung der Altparteien. In einem Land, das solche „Antifaschisten“ beherbergt, braucht es gar keine Profaschisten mehr, um den Zeitgeist nach rechts zu drehen. Nicht nur „glänzten“ Union, SPD & Co. durch gebrochene Versprechen, den Niedergang der Wirtschaft, Bürgerrechtsabbau und gefährliche militärische Abenteuer – auch die Art und Weise, wie gegen „Rechts“ gekämpft wird, stößt immer mehr Menschen ab. Plumpe Nazivergleiche und mangelnde sachliche Auseinandersetzung bleiben vielfach die einzigen argumentativen Pfeile im Köcher der Altparteienvertreter. Wenn das die „Guten“ sein sollen, so könnten Bürger schlussfolgern, dann halte ich mich vielleicht lieber an die „Bösen“. Dabei ist es durchaus angemessen, das Wirken von Jung-Megastar Ulrich Siegmund und seinen Parteigenossen mit Vorsicht zu genießen.

„So wie’s war, wird es nicht bleiben“, sagt ein führender Politiker der Rechten, anlässlich seiner Machtergreifung. „Ausmisten müssen wir den Schweinestall, den uns das System hinterlassen hat, und zwar schnell. Wir haben hier keine Gerechtigkeit zu üben. Wir

haben nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts.“

Der Polizeipräsident steht Gewehr bei Fuß: „Ich werde die neuen politischen Denkweisen ohne Zögern durchsetzen.“ Doch es formiert sich auch Gegenwehr. Der Chefredakteur eines linken Blattes schwört seine Mitarbeiter ein:

„Ich fürchte, das alles hier wird sehr viel länger dauern, als die meisten von uns glauben. Aber wir sind nicht machtlos. Jeder von uns kann sich entscheiden und denen, die jetzt nach der Macht greifen, niemals auch nur den kleinen Finger reichen. Was wir brauchen, ist ein starkes, ein vehementes Zeichen vieler Stimmen.“

Ein Blick in die Zukunft Sachsen-Anhalts unter Ulrich Siegmund? Nein, die Zitate stammen aus der 5. Staffel der Mega-Serie **„Babylon Berlin“** (<https://www.youtube.com/watch?v=2Qhox4us0k>), in der die Weimarer Republik und der Aufstieg der Nazis aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet werden. Rechte Militärs und Fabrikanten, nicht demokratiefähige Polizisten und eine „schlafende“ Bevölkerungsmehrheit, die teilweise infolge einer Wirtschaftskrise verarmt war, bilden in der Serie – und bildeten wohl auch in Wirklichkeit – ein sumpfiges Gelände, das Hitler und den Seinen als Nährboden dienen konnte.

„Babylon Berlin“ – eine Serie über die AfD?

Die Serie startete am 10. September 2026 in der ARD Mediathek. Die Sachsen-Anhalt-Wahl war am 6. September. Zufall? In der 4. Staffel der Serie wurde bereits in einer Szene mit uniformierten SA-Angehörigen der Satz „Alles für Deutschland“ zitiert, mit dem auch Björn Höcke einen Skandal hervorgerufen hatte. Wollten die Filmemacher um Tom Tykwer in Gemeinschaft mit der ARD eine

Warnung aussprechen, wie sie schon dutzendfach bei „Gegenrechts-Demos“ zu lesen war: „5 Minuten vor 1933“? Wenn die fast überdeutlichen Anspielungen auf den Aufstieg der AfD Absicht waren, so ist das Konzept zweifellos aufgegangen. **Der renommierte Filmkritiker Rainer Tittelbach**

(<https://www.tittelbach.tv/kritiken/babylon-berlin-staffel-5/>)

schrieb in seiner Rezension zur 5. Staffel von „Babylon Berlin“:

„Fragt sich nur, was der Zuschauer aus dieser letzten Staffel mit seinen Dramen, Tragödien und den biografischen Fakten im Epilog macht. Wird er (die deutlichen) Parallelen zur Gegenwart erkennen oder sie zumindest spüren oder wird er sie lieber leugnen? Ich sah die acht Folgen in der Nacht zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Habe ausgesprochen schlecht geschlafen.“

Damit ist Tittelbach ganz auf der Linie von Bundeskanzler Friedrich Merz. Unmittelbar nach der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt brandmarkte dieser die AfD nicht zum ersten Mal als Nazi-affin: **„Bei uns wird Macht erteilt, nicht ergriffen**

(https://www.youtube.com/shorts/_4o94A7OQmM).“

Politische Schädlingsbekämpfer

Solche Unterstellungen verfolgten auch den für seine lockere Art bekannten Ulrich Siegmund während seines Wahlkampfs. Polit-Spaßvogel Fabian Köster von der „Heute Show“ sprach Siegmund nach einem Auftritt **mit diesen Worten**

(<https://www.youtube.com/watch?v=i3uhvW0vfUc>) an: „Also patriotische Kulturpolitik – heißt das beim ESC dann DDR-Hymne oder das Hitlerjugendlid?“ Siegmund: „Wir lieben unser Land. Damit haben Sie nichts am Hut. Das unterscheidet uns, deshalb: Weg mit der Zwangsabgabe!“

Als Siegmund dann in sein Auto einsteigen wollte, lief ihm Köster nach, um den patriotischen Satz des AfD-Spitzenkandidaten gebührend zu framen: „Wir lieben unser Land – also Hitlerjugend, schließ ich daraus.“

Ins gleiche Horn blies auch der Ex-Punk und „Tote Hosen“-Sänger Campino **während eines Konzerts**

(<https://www.youtube.com/shorts/I92jS56nfNQ>): „Wer sein Kreuz bei der AfD macht, der wählt eine neofaschistische Partei. Und wer das jetzt tut, der hätte Anfang der 30er wahrscheinlich die NSDAP gewählt.“

Dies wurde nur noch übertroffen von „Nonstop Nonsense“-Veteran Dieter Hallervorden in einem **Werbeclip für die CDU Sachsen-Anhalts** (<https://www.youtube.com/watch?v=hEs29Mw-oR8>): „Ich bin ja sehr erfolgreich in der Schädlingsbekämpfung. Wie ich das mache? Nun, ich wähle einfach nicht die AfD“. Die **Metaphorik des Kampfes gegen „Parasiten“**

(https://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCdischer_Parasit) wurde von den Nazis oft in ihren antisemitischen Verlautbarungen verwendet. Dies zeigt wieder einmal, welche Rolle Schattenprojektion immer wieder bei feindseligen Attacken gegen Andersdenkende spielt. Da Hallervorden quasi offiziell zum Wahlkampfteam von Ministerpräsident Sven Schulze gehörte, fallen die Tiraden des Spaßvogels auf diesen zurück, und die AfD kann sich über Gegner, die sich derart vergaloppieren, eigentlich nur freuen.

„Ethnische Säuberung“ nach der „Machtergreifung“

Während man Campinos und Hallervordens Statements aber noch als Privatmeinung von Promis zu den Akten legen könnte, die ihren Karrierehöhepunkt längst hinter sich haben, hat das **Verdikt aus**

dem Munde des Bundeskanzlers

(<https://www.youtube.com/watch?v=64J5PovOKyI>) offiziellen

Charakter. Nach dramatisch verlorener Sachsen-Anhalt-Wahl zog der den Nazi-Vergleich mit der AfD gleichsam als letzten emotionalen Rettungsanker für seine untergehende Kanzlerschaft heran.

Merz referierte in einem Ausschnitt seiner Rede am 9. September im Bundestag zunächst über die Bedeutung von Menschen mit Migrationshintergrund für das deutsche Handwerk und hatte damit durchaus einen Punkt.

Dann aber begann Merz unfair zu bolzen und agierte damit wie eine Karikatur auf den „Antifaschismus“ eines sterbenden bundesrepublikanischen Establishments. „Das Wort Remigration ist nichts anderes als ein Synonym für ethnische Säuberung nach Herkunft und Hautfarbe“. Was genau ist damit gemeint? Denkt der Kanzler an Ruanda, wo 1994 etwa 800.000 Menschen ermordet wurden, die große Mehrheit von ihnen Tutsi, aber auch moderate Hutu und andere Gegner des Genozids? Oder zielt sein Vergleich doch wieder auf das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte?

Wollen wir den zweitwichtigsten Unterstützer der gewalttätigen israelischen Rechts-Regierung ernsthaft als moralische Instanz gelten lassen, wenn es um die Beurteilung „ethnischer Säuberungen“ geht?

„Antifaschisten“ als Wahlkampfhelfer für die AfD

Es geht mir hier nicht darum, die AfD als ungefährlich oder als Kraft des Guten darzustellen — vielmehr will ich die Gründe für das komplette Scheitern des „Kampfes gegen Rechts“ erforschen,

welcher seit Januar 2024 — dem Zeitpunkt der „CORRECTIV“-Enthüllungen über ein „Potsdamer Treffen“ von Rechten — in seine heiße Phase gegangen war. Ulrich Siegmund gab im **Interview mit „Ben Unscripted“** (<https://www.youtube.com/watch?v=9J-oOOLwba4&t=9413s>) an, der von „CORRECTIV“ ausgelöste Skandal und die darauf folgenden Großdemonstrationen „gegen Rechts“ hätten eine Welle von Parteieintritten in die AfD ausgelöst. Es klang fast so, als sei er den „Antifaschisten“ für ihre indirekte PR dankbar. Fakt ist, dass die ganze Gegen-rechts-Kämpferei — mag man sie politisch für geboten halten oder nicht — das genaue Gegenteil dessen bewirkt hat, was intendiert war.

Bestimmte Ereignisse während der Schlussphase des Wahlkampfes in Sachsen-Anhalt deuten darauf hin, dass die Union unter Ministerpräsident Sven Schulze zumindest „instinktlos“ agierte — so als wolle sie die Wahl gar nicht ernsthaft gewinnen. Es bestand erkennbar keine Absicht, die widersteitenden „Lager“ in der Bevölkerung zusammenzuführen. Vielmehr gliederte Schulze seine CDU symbolisch ins linke Lager ein, wie rechtspopulistische Medien seiner Partei schon lange vorgeworfen hatten. Bei einem **„Demokratiefest“ am Magdeburger Dom am 5. September 2026.** (<https://www.youtube.com/watch?v=Wes9Uzz2jAQ>) trat er zusammen mit linken Altparteien und Gruppierungen auf. Krawalle der Antifa, die AfD-Anhänger schon vor dem Fest an die Wand gemalt hatten, gab es wenigstens nicht.

Eine Putzkolonne gegen eine Deutschlandfahne

Mit welchem feinem Gespür für „Volkes Stimme“ der Kandidat Ulrich Siegmund agierte, zeigt das Skandälchen um eine Deutschlandflagge, die mit Farbe auf das Pflaster vor dem Magdeburger Dom gemalt und dann **von einer Putzkolonne**

entfernt wurde (<https://www.youtube.com/shorts/CnAohhi9ygl>).

Die Behörden gaben an, dies sei nur geschehen, weil der Ort zum „Denkmalbereich“ der Stadt gehöre. Siegmund jedoch ließ sich publikumswirksam vor der Fahne und den Arbeitern filmen und transportierte die Botschaft, ein wokes, antipatriotisches Establishment sei Deutschland offenbar feindlich gesinnt. Es zeigte sich dann, dass die Fahne am nächsten Tag noch da war, weil die Farbe nicht zu entfernen war. Egal, Siegmund hatte einen wirkungsvollen Auftritt gehabt.

Während Linke den vor mehr als 80 Jahren verstorbenen „Führer“ herausbeschwören, dessen Wiederauferstehung nur gemeinschaftlicher Widerstand stoppen könne, sehen Rechte eine Schicksalswahl im für sie positiven Sinn. **Nius-Chefredakteur Julian Reichelt sagte während eines Interviews**

(<https://www.youtube.com/watch?v=FYo5P0wIPGU>), das er in Magdeburg mit Ulrich Siegmund führte: „Am Ende ist es was Wunderschönes, mal wieder vor einer Wahl zu stehen und über eine Wahl berichten zu können, die tatsächlich etwas für Deutschland bedeutet.“ Auch das Wort von der „Schicksalswahl“ wurde bei Nius wie auch in anderen Medien immer wieder ins Spiel gebracht. In „diesem wunderschönen Land“ solle sich „das Normalste der Welt“ durchsetzen, hatte Siegmund wiederholt versprochen. Mit diesem gemüts-patriotischen und zugleich beruhigenden Programm reüssierte der smarte Kandidat und wurde dabei von der ihm gewogenen Presse eifrig unterstützt.

Der „normalste“ Kandidat der Welt

„Unnormal“ — das sind nach Ansicht des rechten Lagers zum Beispiel der gefühlte Kniefall vor woken Exzentrikern, etwa geschminkten Männern, das Einknicken vor Antifa-Pöblern, die wehrlose Hinnahme einer islamistischen Invasion der Kopftuch-

Trägerinnen und Allahu-Akbar-Rufer und natürlich das mangelnde Festhalten am „Eigenen“, der heimischen Kultur, Sprache und demokratischen Tradition. Wir könnten es im Fall einer AfD-Regierungsbildung also mit einer „Normalitätswelle“ zu tun bekommen, die dem deutschstämmigen Durchschnittsbürger ein wenig von seiner Angst vor Mehrheitenfeindlichkeit nehmen würde. Im Zusammenhang mit der freundlichen, gelassenen Art von Ulrich Siegmund entsteht so ein einlullendes Gefühl von Sicherheit, so als seien die goldenen Zeiten vor 2015 dabei, zurückzukehren.

Es könnte dennoch eine Situation eintreten, in der wir uns wieder nach mehr „Unnormalem“ sehnen werden. Die Tatsache, dass Siegmund nicht Hitler, der geordnete Regierungswechsel keine „Machtergreifung“ ist, sollte aber nicht zu der Fehlannahme führen, dass ein Ministerpräsident aus der AfD völlig ohne Risiken wäre.

Ein Umkippen beobachtbarer Trends aus den Ampel- und Merzjahren in ihr Gegenteil ist sogar wahrscheinlich. Dafür steht exemplarisch der Plan der AfD, den „Schutz für das Deutschtum“ in Gesetzesform zu gießen. Im Wahlprogramm der Partei für Sachsen-Anhalt steht:

„Der Schutz der Minderheiten ist ein hoher und wichtiger Wert. Jedoch führt die Überbetonung der Rechte von Minderheiten zu einer faktischen Erosion der Rechte der deutschen Mehrheitsgesellschaft, die mangels eines angeblichen Schutzbedürfnisses straflos Ziel von Verachtung und Diskriminierung werden kann. Das wollen wir nicht länger hinnehmen! Wer den deutschen Staat und das deutsche Volk herabwürdigt und beleidigt, soll angemessen sanktioniert und mindestens so schwer bestraft werden, wie derjenige, der sich der sogenannten Volksverhetzung gegenüber Minderheiten schuldig macht. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass jeder, der den aktuellen deutschen Staat, ‚Deutschland‘ als historisch-kulturelles Gebilde, die deutschen Bürger und unsere Nationalsymbole

öffentlich verunglimpft, mit Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft wird.“

„Schutz für das Deutschtum“ — oje!

Was könnte dieser Paragraf im Fall eines Machtwechsels in Sachsen-Anhalt konkret bedeuten? Ich sehe zum Beispiel die Gefahr, dass schon der Hinweis auf historische Verbrechen in Deutschland als „Herabwürdigung des deutschen Volkes“ verfolgt werden könnte. Ich sehe die Gefahr einer Hexenjagd gegen „Nicht-Patrioten“, welche der derzeit vorhandenen Empfindsamkeit betreffend „Islamophobie“, „strukturellen Rassismus“ oder „Transfeindlichkeit“ ähnelt, sie aber politisch umpolt: in Form eines Maulkorbs für alle, die Deutschland und den deutschen Staat grundlegend in Frage stellen.

Der Paragraf gegen „Politikerbeleidigung“ (§ 188 StGB) sowie die von Nancy Faeser initiierte Kampagne gegen „Verächtlichmachung des Staates“ haben ja bei freiheitsliebenden Menschen mit Recht Anstoß erregt. Ein „Schutz des Deutschtums“, wie ihn die AfD plant, könnte daran anknüpfen, zumal der „deutsche Staat“ hier zu den schutzwürdigen Objekten gezählt wird.

Warum eigentlich? Fühlt er sich so schwach, dass ihn eine pointierte Kritik umblasen könnte, oder deutet sich da schon jetzt — bevor eine Koalition unter Ulrich Siegmund überhaupt geschmiedet ist — ein problematischer Hang zur Selbsterhöhung der Regierenden an?

Ich zerreiße grundsätzlich keine Deutschlandfahne. Fahne und Hymne sehe ich wegen ihres **historischen Hintergrunds** (<https://www.manova.news/artikel/deutschlands-wiedergeburt>) positiv. Wenn es aber jemand anders sieht — will man ihn im Ernst

mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren ahnden? Es steckt schon Leichtfertigkeit, gepaart mit einer Portion Grausamkeit dahinter, dergleichen auch nur zu denken. Aus Gedanken aber können Taten werden. Der Gesetzesvorschlag der AfD erinnert an einen übertriebenen Fahnen- und Majestätskult der Vergangenheit.

Hitler ist die falsche Assoziation

Letztlich steht auch dieser Vorwurf im Kontext einer Debatte um die Einengung des Meinungskorridors in Deutschland. Die AfD, die Meinungsjustiz angeprangert hatte, sofern „rechte“ Narrative davon betroffen waren, könnte nun, wenn ihr „linke“ Meinungsäußerungen nicht gefallen, weitere Ziegelsteine auf die Mauer türmen, in die die Äußerungsfreiheit der Bürger zunehmend eingezwängt wird. Man muss sich ja fragen, welche Gesetze den auftrumpfenden Rechtsalternativen noch einfallen werden, wenn sie erst einmal regieren. Es wäre nicht das erste Mal, dass jemand freiheitlich blinkt, um dann autoritär abzubiegen.

Vielleicht sollten wir nicht zu sehr fragen, wie viel Hitler in der AfD steckt — dieser Vergleich müsste uns eigentlich durch die Ungeheuerlichkeit der Verbrechen der Nazis im Hals stecken bleiben —, sondern eher: Steht uns bald eine ungute Mischung aus Nancy Faeser, Roderich Kiesewetter und Markus Krall ins Haus?

Werden der Abbau von Freiheitsrechten, ruinöse Hochrüstung und galoppierender Sozialabbau Deutschlands Zukunft sein — und zwar egal, ob in den nächsten Jahren Union, AfD, SPD oder Grüne dominieren werden?

Zurück zu einer nüchternen

Betrachtung

Sicher ist: Die Realität einer AfD-Regierung in einem der deutschen Bundesländer könnte auf zweierlei Weise klärend wirken: Erstens im Sinne einer „Entzauberung“ – wenn für AfD-Anhänger erkennbar wird, dass ihre vermeintlich heilsbringende Partei „auch nur mit Wasser kocht“, wenn hochfliegende Pläne an einer vom politischen Gegner mitgestalteten Realität zerschellen, wenn sich handwerkliche Unfertigkeit bei den Regierungsmitgliedern zeigt und ein fataler Anpassungsprozess an den globalen Elitenkonsens auch selbst ernannte Widerstandsheroen erfasst.

Zweitens könnte schon eine kurze Amtsperiode Ulrich Siegmunds alle Dämonisierungsnarrative zertrümmern, die über Jahre rund um die AfD gesponnen wurden. Dazu müsste der Sonnyboy aus dem Reich der politischen Finsternis nicht einmal in begnadeter Manier regieren – es würde genügen, dass er nichts „Nazihafes“ unternimmt, um den derzeit modischen 1933-Spekulationen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die „Hosianna“- oder auch „Kreuzigt ihn“-Rufe würden zu einer nüchtern-realistischen Sichtweise zurückgeführt werden, die Ulrich Siegmund und die Seinen als zwar manchmal unangenehm „reaktionäre“, jedoch keineswegs völkermörderische Truppe ausweist.

Käme es so, so wäre weiteren Regierungen mit AfD-Beteiligung Tür und Tor geöffnet. Dazu müsste Siegmund aber wirklich vermeiden, dass er in einer Weise „ausfällig“ wird, die vom politischen Gegner leicht als rechtsextrem zu framen ist. Macht er derartige Fehler, wäre das vermutlich nicht der Startschuss für ein „Viertes Reich“, sondern könnte dazu führen, dass der „Spuk“ viel schneller zu Ende wäre, als er über uns gekommen ist.



Roland Rottenfuß, Jahrgang 1963, war nach dem Germanistikstudium als Buchlektor und Journalist für verschiedene Verlage tätig. Von 2001 bis 2005 war er Redakteur beim spirituellen Magazin **connection**, später für den **Zeitpunkt**. Er arbeitete als Lektor, Buch-Werbetexter und Autorensout für den Goldmann Verlag. Seit 2006 ist er Chefredakteur von **Hinter den Schlagzeilen** (<https://hinter-den-schlagzeilen.de/>). Von 2020 bis 2023 war er Chefredakteur vom Rubikon, seit April 2023 ist er Mitherausgeber und Chefredakteur von Manova.